

**Postulat CVP-GLP-Fraktion:
«Wasserversorgung für künftige Extremsituationen sicherstellen**

Der Hitzesommer 2018 geht in die Geschichte ein. Die Ostschweiz als Gesamtes und der Kanton St.Gallen im Speziellen litten unter einer seit 1864 nie mehr dagewesenen Regenarmut. Verschiedene Regionen und Gemeinden kamen im vergangenen Jahr mit der Wasserversorgung für die Bevölkerung sowie für Tiere und Pflanzen an ihre Grenzen. Es entstanden Situationen mit Versorgungsengpässen, die bis vor kurzem noch für unmöglich gehalten wurden. Lücken und Mängel bei den vorhandenen Infrastrukturen wurden schonungslos aufgedeckt. Die Versorgungsengpässe sind nicht allein die Folgen der fehlenden Niederschläge. Die markant gestiegenen Durchschnittstemperaturen sorgen für eine bedeutend höhere Verdunstung. Zusätzlich tragen die steigende Bevölkerungszahl und das gesellschaftliche Verhalten im Umgang mit dem Wasser zu einem steigenden Bedarf bei.

Behörden, Verwaltung und die eingesetzten Krisenstäbe mussten im vergangenen Jahr erfahren, dass in solchen Ausnahmesituationen auch die richtigen Entscheide und Massnahmen gefragt sind. Es wurde auch deutlich, dass die theoretischen Übungsanlagen für Krisensituationen das Eine sind, das richtige Handeln im Praxisfall das Andere. Rückblickend kann festgestellt werden, dass die Infrastrukturen, die Rechtsgrundlagen und auch das Verhalten der verschiedenen Akteure nicht auf Extremsituationen ausgerichtet sind. Die Frage, wer in knappen Versorgungssituationen Anspruch auf Wasser hat, musste in der Vergangenheit nie gestellt werden. 2018 wurde diese Frage jedoch zum Thema.

Die klimatischen Veränderungen auf Grund der steigenden Treibhausgasemissionen und der höheren Temperaturen werden in Zukunft vermehrt zu Veränderungen führen. Egal, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht. Die Tendenz zu extremeren Wetterereignissen wird zunehmen. Dabei muss es sich nicht nur um lange Trockenzeiten handeln, monatelange Regenfälle können ebenso zu kritischen Situationen führen. Kanton, Gemeinden und Krisenstäbe werden künftig vermehrt gefordert sein. Die Erfahrungen aus dem letzten Jahr sollen deshalb dazu dienen, die notwendigen Handlungsfelder für die Zukunft und die entsprechenden Massnahmen zu definieren.

Die Regierung wird eingeladen, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die aktuelle Situation der Versorgung von Wasser für die Bevölkerung sowie für Tiere und Pflanzen im Kanton St.Gallen ist und wo Handlungsbedarf besteht im Hinblick auf die künftigen, knappen Versorgungslagen. Im Bericht soll der Umgang bei der Nutzung von Quell- und Grundwasser sowie von Seen und Flüssen und der Bedarf für den Ausbau der Infrastrukturen aufgezeigt werden. Ebenso soll dargelegt werden, mit welchen Massnahmen zusätzliche Speichermöglichkeiten geschaffen und wie die Landwirtschaft und der Forst ihre Aufgaben im Hinblick auf knapper werdende Wasservorräte erfüllen können.»

23. April 2019

CVP-GLP-Fraktion